

Aus für Zivildienst im Marketing

Bundesrat zieht die Schrauben bei umstrittenen Tätigkeiten an. Am Horizont steht eine radikale Reform.

Christoph Bernet

Beim Zivildienst werden die Schrauben nun angezogen. Am 14. Juni sagten 52,5 Prozent der Stimmenden Ja zu höheren Hürden für jene, die nach der RS in den Zivildienst wechseln. Nun hat der Bundesrat kürzlich auch eine Änderung der Zivildienstverordnung beschlossen. Ab Anfang 2027 dürfen Zivildienstleistende nicht mehr in der Informatik, im Personalwesen, der Kommunikation, im Marketing oder bei der «Bewirtung von Gästen in Verpflegungseinrichtungen des Einsatzbetriebes» tätig sein.

Die Einschränkungen dienen laut Bundesrat auch der «konsequenteren Wahrung der Arbeitsmarktnutralität» Sprich: Zivis sollen keine Jobs machen, für welche die Einsatzbetriebe eigentlich aus eigener Kasse Personal anstellen müssten. Wie Armeeeingehörige werden auch sie praktisch vollumfänglich von der via Lohnabgaben finanzierten Erwerbsersatzordnung (EO) entschädigt.

FDP-Sicherheitspolitiker Heinz Theiler begrüsst die Einschränkungen. Gemäss Gesetz soll der Zivildienst wichtige Aufgaben im öffentlichen Inte-

resse übernehmen, wo die Ressourcen fehlen. «Zuletzt war es teilweise schon fragwürdig, wo Zivis zum Einsatz kamen», sagt der Schwyzer Nationalrat.

Wenn der Zivi Newsletter schreibt

Im Mai berichtete die NZZ unter dem Titel «Vom Militärdienst in den <Schoggi-Job>» über Zivildienstleistende bei der NGO Max Havelaar, die sich unter anderem für sozialverträglichen Kakaoanbau einsetzt. Sie helfen dort bei «Analyse» und «Recherche» im Bereich Nachhaltigkeit. In anderen NGOs schreiben Zivis Facebook-Posts oder Newsletter.

Betroffene Organisationen betonten gegenüber der NZZ, dass die Zivildiensteinsätze den gesetzlichen Vorgaben entsprächen und von Praktika klar abgegrenzt seien. Das Bundesamt für Zivildienst hält fest, dass der gesetzeskonforme Vollzug regelmässig überprüft wird. Neue Einsatzbetriebe würden zudem nur noch in den Bereichen Pflege und Umweltschutz anerkannt.

Tätigkeiten in Kommunikation, Marketing, Personalwesen oder Bewirtung sind laut Bundesamt nur in ein paar Dutzend von knapp 10'000 potenziellen

Zivildiensteinsatzorten (im Jargon «Pflichtenheft» genannt) enthalten. Bei der Informatik sind es einige hundert.

Gemäss dem Bundesamt führt die Verordnungsanpassung zu mehr Zivildiensteinsätzen in den Schwerpunktprogrammen Pflege/Betreuung sowie Umwelt- und Naturschutz, wo Ressourcen fehlen.

«Zuletzt war es teilweise schon fragwürdig, wo Zivis zum Einsatz kamen.»

Heinz Theiler
Nationalrat (FDP/SZ)

Ebenfalls für Schlagzeilen sorgen in der Vergangenheit Zivildiensteinsätze in der Bundesverwaltung. Auf Anfrage von FDP-Nationalrat Heinz Theiler nannte der Bundesrat kürzlich neue Zahlen. 2025 wurden dort 32'106 Dienstage geleistet (1,7 Prozent aller Dienstage des Zivildiensts). Am häufigsten waren Zivis beim Bund im Asyl- und Forschungsbereich tätig.

Details über deren genauen Tätigkeiten nannte der Bundesrat nicht. In der Vergangenheit wurden Zivis auch in der Kommunikationsmaschinerie des Bundes eingesetzt. Wie das zuständige Bundesamt bestätigt, sind auch Pflichtenhefte bei der Bundesverwaltung vom neuen Tätigkeitsverbot betroffen.

FDP-Nationalrat Theiler hofft, dass nun beim Bund und anderswo eine Fokussierung auf den gesetzlichen Auftrag eintritt. Dies sei eine Frage der Fairness gegenüber der Privatwirtschaft, der Dienstgerechtigkeit gegenüber Zivis in anspruchsvollen Feldern wie der Pflege, und es erhöhe die Akzeptanz des Zivildiensts.

Bundesrat will Rückzug aus Schulen und Bauernhöfen

Derweil hat der Bundesrat an seiner Sitzung vom Mittwoch

einen weiteren Schritt zum Ende des Zivildiensts in seiner heutigen Form gemacht. Er hat die Eckwerte zur Einführung einer Sicherheitsdienstpflicht beschlossen. Zunächst können die Kantone, dann das Parlament mitreden. Eine Volksabstimmung würde in einigen Jahren erfolgen.

Die Sicherheitsdienstpflicht sieht neben dem Militärdienst nur noch eine andere Dienstform vor. Zivilschutz und Zivildienst werden zu einem neuen Katastrophenschutz zusammengelegt. Dieser wird primär auf Notlagen, Katastrophen und Aufgaben im Falle eines bewaffneten Konflikts ausgerichtet.

Die Reform führe zu einem «beträchtlichen Rückgang an Leistungen im Vergleich zum heutigen Zivildienst», wie es in einem Bericht vom Januar 2025 heisst. Einsätze in Schulen, Landwirtschaft, Kulturgütererhaltung, Entwicklungszusammenarbeit und humanitärer Hilfe sind nur noch «punktuell» vorgesehen.

Der Zivildienstverband Civiva kündigte postwendend Widerstand an gegen die «Zerstörung des funktionierenden Systems Zivildienst», die zudem hohe Kosten für Bund und Kantone verursache.

Notfallgebühr fällt durch

Spital Der Nationalrat will eine Gebühr für den Spitalnotfall einführen. Denn die Zahl der Patientinnen und Patienten, die wegen einer Schramme am Bein oder einem verstauchten Handgelenk ins Spital gehen, steigt seit Jahren. Das wirkt sich auf die Kosten aus.

Neu sollte darum jede Person für die Behandlung in der Spitalnotaufnahme einen Zuschlag von 50 Franken zahlen, sofern es sich um eine Bagatelle handelt. Das heisst, Personen, die von einer Ärztin oder über eine kantonale Notfallnummer überwiesen oder vom Rettungsdienst eingeliefert werden, müssten nichts zahlen. Auch Schwangere und Kinder wären von der Gebühr ausgenommen.

Das ist der Plan des Nationalrats. Der Bundesrat hat sich bereits kritisch dazu geäussert. Auch im Ständerat dürfte die Massnahme keine Chance haben. Die zuständige Gesundheitskommission will zwar auch die Notfallaufnahmen entlasten. Doch sie hält die Gebühr für wirkungslos bis kontraproduktiv, wie sie in einer Mitteilung schreibt. Einstimmig hat sie das Vorhaben abgelehnt, auch weil in gewissen ländlichen Regionen schlicht eine Alternative fehlt. Dass sich der Ständerat anders entscheiden wird als die Kommission, ist unwahrscheinlich. Damit ist das Vorhaben wohl gestorben. (*wan*)

Glosse

Röstis Roadtrip auf der A1: Sieben Ferientipps für den Bundesrat

Die letzte Bundesratssitzung ist vorbei, die Ferienlektüre in Form eines Stapels an Dossiers parat. Und manch eine Bundesrätin oder ein Bundesrat nach zwei Tagen auf dem traditionellen «Schulreisli» hitze- und vielleicht auch apérobefähigt definitiv sommerferienreif. Kommt kein Zollhammer und keine Bankrettung dazwischen, trifft sich das Gremium das nächste Mal Mitte August wieder. Was die Bundesrätinnen und -räte in der Zwischenzeit, abgesehen von beruflichen Terminen, tun? Wer nachfragt, erfährt nicht viel.

Das lässt unsere Fantasie blühen. Wir liefern sieben Ferientipps für die Bundesrätinnen und Bundesräte:

Guy Parmelin Golfen in Florida

Der Bundespräsident reist nächste Woche beruflich in die USA. Später werde er ein paar Ferientage in der Schweiz verbringen und unter anderem ein paar Comics lesen, teilt sein Sprecher mit. Dabei liesse sich Arbeit und Vergnügen in seinem Fall optimal kombinieren. Anschliessend an die Zollverhandlungen in Washington schlagen wir Parmelin einen Abstecher in den «Sunshine State» Florida vor. Nebst Ausflügen an den Strand könnte der Wirtschaftsminister bei US-Präsident Donald



Ab in den Urlaub! Nach dem Bundesratsreisli gehts für die Regierung in die Ferien.

Bild: Anthony Anex

Trump in Palm Beach vorbeischauen. Und bei einer Runde Golf einen definitiven Zolldeal einlochen.

Elisabeth Baume-Schneider Ab ins Altersheim

Die Innenministerin reist für ein paar Tage in die Dolomiten, lässt ihre Sprecherin ausrichten. Die übrige sitzungsfreie Zeit verbringe sie in der Schweiz. Doch warum nicht etwas weiter in die Ferne schweifen? Japan liegt als Reiseziel im Trend. Statt Schnellzug zu fahren oder in einem traditionellen Gästehaus zu übernachten, empfehlen wir der SP-Bundesrätin einen

Altersheimbesuch. Japan ist ein Land von Senioren – eine Entwicklung, die auch der Schweiz bevorsteht. Vielleicht findet sie hier Inspiration für die nächste (oder übernächste) AHV-Reform?

Martin Pfister Als Einkaufstourist über die Grenze

Der Mitte-Bundesrat macht ebenfalls Ferien wie aus dem Regierungskatalog: Er verbringe die freien Tage in der Schweiz, wandere und lese, heisst es. Wir legen ihm ergänzend einen kleinen Shoppingtrip ins Deutsche ans Herz. Highlight: das Rückfordern der Mehrwertsteuer. Die hat

es dem Verteidigungsminister schliesslich angetan. Während er auf den Stempel wartet, kann er ausrechnen, wie viele Kampffjets bei einer Erhöhung der Steuer auf deutsches Niveau möglich wären.

Albert Rösti Roadtrip auf der A1

Eigentlich hatte Albert Rösti vor, Sohn und Schwiegertochter in den USA zu besuchen. Wegen der kürzlichen Rücken-OP sei das nun nicht möglich, schreibt seine Sprecherin. Als Alternative schlagen wir dem Verkehrsminister einen Roadtrip auf der A1 vor. Für die Übernachtung bietet sich das Hotel Grauholz an: direkt

am Autobahnabschnitt gelegen, den der SVP-Bundesrat auf acht Spuren ausbauen will. Eine schönere Aussicht kann man sich als Verkehrsminister doch nicht vorstellen.

Ignazio Cassis Jetset im Tessin

Den bundesrätlichen Ferien-Dreiklang zu Hause bleiben, wandern und lesen hat auch Ignazio Cassis verinnerlicht, bestätigt sich auf Nachfrage. Gut, als Aussenminister fühlen sich Ferien im Ausland vielleicht auch immer ein bisschen wie Arbeit an. Und im Tessin ist es einfach am schönsten. Um trotzdem etwas rumzukommen, schlagen wir dem FDP-Bundes-

rat und Vielflieger einen Tagesausflug nach Locarno vor – im Bundesratsjet, natürlich.

Beat Jans Schweigen im Kloster

Verschwiegen gibt sich auch das Departement von Beat Jans. Aber wir können es uns ja denken. Sollte der SP-Bundesrat zwischen Wanderungen und Bücherlesen noch etwas Zeit haben, hätten wir auch für Jans einen Vorschlag: ein Schweigertretat im Kloster. Drei Tage einfach mal nichts tun und nichts sagen: Nach seinem Abstimmungskampf gegen die 10-Millionen-Initiative eine angenehme Abwechslung.

Karin Keller-Sutter

Boxcamp oder All-inclusive

Wohin es Karin Keller-Sutter zieht, bleibt ihr Geheimnis. Sie verbringe mit Freunden und Familie «Zeit im In- und Ausland», richtet ihr Sprecher aus. Auch wir können uns nicht so recht festlegen. Wie wärs mit einem Box-Trainingscamp auf Bali? Anschliessend ist die Hobbyboxerin und Finanzministerin für jeden Kampf ums Budget gerüstet. Oder doch All-inclusive-Urlaub in Ägypten? Wieder daheim, kann sie sich einen Seitenhieb an Kollege Pfister nicht verkneifen: Sie hatte einen Fixpreis, der verhebt.

Lea Hartmann